

## UNSERE WOCHEN IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

ab dem 1. August 2026 wird bundesweit stufenweise ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter eingeführt. Die Realisierung ist vor allem für die Kommunen als Sachaufwandsträger eine enorme Belastung. Für uns ist klar: Es reicht nicht, einen Rechtsanspruch auf dem Papier zu beschließen, er muss auch in der Praxis umsetzbar sein. Deshalb haben wir die neue Bundesregierung in dieser Woche mittels Dringlichkeitsantrag dazu aufgefordert, bestehende Mängel zu korrigieren. Denn wir brauchen mehr Flexibilität, Pragmatismus, realistische Fristen und eine faire Finanzierung für die Kommunen. Mehr dazu auf Seite 2!

Mittels eines weiteren Dringlichkeitsantrags haben wir uns außerdem für eine Vereinfachung der Brandschutzvorgaben und eine Reduzierung unnötiger Kostensteigerungen im Bauwesen eingesetzt. Denn wir beobachten, dass zunehmend von Dritten verursachte Kosten als Brandschutzkosten deklariert und damit dem vorbeugenden Brand- und Gefahrenschutz der Feuerwehren zugerechnet werden. Dies führt zu einer erheblichen Verteuerung von Bauprojekten. Mehr lesen Sie auf Seite 3!

Bayerns Jagdminister Hubert Aiwanger hat in dieser Woche zudem eine Reform des Jagdgesetzes angestoßen, die in unserer Fraktion sowie bei Waldbesitzern und Jägern auf positive Resonanz stößt. Demnach sollen Jagdgenossenschaften und Jagdpächter, die sich dazu in der Lage sehen, künftig das Recht erhalten, die Rehwildbewirtschaftung eigenständig und ohne behördliche Vorgaben zu regeln. Mehr auf Seite 4!

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!

Ihr Florian Streibl MdL



### UNSERE HIGHLIGHTS

**SEITE 2:**  
NACHBESSE-  
RUNGEN  
BEIM GANZTAGS-  
ANSPRUCH!

**SEITE 3:**  
VEREINFACHUNGEN  
BEIM BRAND-  
SCHUTZ

**SEITE 6:**  
UNSERE SOCIAL  
MEDIA-BEITRÄGE –  
DANKE FÜRS TEILEN!

## RÜCKBLICK

### **Nachbesserungen beim Ganztagsanspruch: Mehr Flexibilität, Pragmatismus, realistische Fristen und eine faire Finanzierung für Kommunen**

Ab dem 1. August 2026 wird bundesweit stufenweise ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter eingeführt. Die Realisierung ist vor allem für die Kommunen als Sachaufwandsträger eine enorme Belastung. Mittels Dringlichkeitsantrag haben wir daher zum Plenum am Donnerstag Nachbesserungen gefordert. Denn der bundesweite Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026 klingt auf dem Papier wunderbar – doch wer soll ihn umsetzen? Wer soll ihn bezahlen? Und wer muss sich am Ende mit den realen Problemen herumschlagen? Unsere Kommunen, die sowieso schon mit Personalmangel, steigenden Kosten und wachsendem Verwaltungsaufwand zu kämpfen haben.

Für uns steht fest: So geht das nicht. Wir dürfen unsere Kommunen und Landkreise nicht im Stich lassen. Eine Politik, die nur Rechtsansprüche produziert, aber die Realität und das Konnexitätsprinzip ignoriert, ist verantwortungslos. Ein Problem ist beispielsweise die Ferienbetreuung: Freie Träger der Kinder- und Jugendarbeit leisten hier seit Jahren hervorragende Arbeit, doch der Bund erkennt ihre Angebote nicht als rechtsanspruchserfüllend an – weil sie keine Betriebserlaubnis haben oder nicht unter Schulaufsicht stehen. Das ist absurd! Wer Kinder in den Ferien gut betreut, muss auch als Teil der Lösung anerkannt werden. Hier braucht es dringend eine Klarstellung im Sozialgesetzbuch. Ein weiteres Problem sind die viel zu knappen Fristen für den Ausbau der Betreuungsplätze. Die Zeit reicht nicht aus, um alle nötigen Investitionen zu tätigen – weder für Neubauten noch für Umbaumaßnahmen. Deshalb fordern wir eine Verlängerung der Fertigstellungsfrist.

Mehr [HIER](#).



## Vereinfachungen im Brandschutz: Wir sagen Verteuerung von Bauprojekten den Kampf an!



Mittels Dringlichkeitsantrag haben wir am Donnerstag eine Vereinfachung der Brandschutzvorgaben gefordert und uns für eine Reduzierung unnötiger Kostensteigerungen im Bauwesen eingesetzt. Denn wir beobachten, dass zunehmend von Dritten verursachte Kosten als Brandschutzkosten deklariert und damit dem vorbeugenden Brand- und Gefahrenschutz der Feuerwehren zugerechnet werden. Dies führt zu einer erheblichen Verteuerung von Bauprojekten.

Insbesondere durch über das gesetzliche Mindestmaß hinausgehende Normen und privatrechtliche Regelungen steigen die Baukosten unnötig an – und das, obwohl die öffentlich-rechtlichen Vorgaben zum Brandschutz bereits ausgewogen sind und die Behörden sogar ein gewisses Restrisiko akzeptieren.

In der Praxis zeigt sich, dass durch technische Normen und privatrechtliche Regelungen wie etwa des DIN, des VdS, des VDI oder von Industrieverbänden häufig ein deutlich höherer Standard gefordert wird, als tatsächlich erforderlich ist. Zwar sind Abweichungen von den „anerkannten Regeln der Technik“ bauvertragsrechtlich möglich, doch sie bergen erhebliche Rechtsunsicherheiten und Prozessrisiken. Infolgedessen werden Bauvorhaben häufig pauschal nach allen DIN-Normen umgesetzt – selbst dort, wo dies für gutes Wohnen nicht zwingend erforderlich ist.

Wir fordern den Bund daher auf, gesetzlich zu regeln, dass im Bauvertragsrecht für den Brandschutz nur die zwingenden bauordnungs- und sicherheitsrechtlichen Anforderungen verbindlich sind – es sei denn, die Vertragsparteien vereinbaren ausdrücklich etwas anderes. Zudem sollen Versicherungen verpflichtet werden, im Regelfall die Einhaltung öffentlich-rechtlicher Brandschutzvorgaben als Mindestmaß zu versichern. So können wir Rechtsunsicherheiten vermeiden und gleichzeitig die Baukosten senken.

Mehr [HIER](#).

## **Kriminalitätsstatistik 2024: Künftige Bundesregierung muss irreguläre Migration wirksam unterbinden**

Die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik 2024 machen deutlich: Bayern ist im bundesweiten Vergleich weiterhin das mit Abstand sicherste Bundesland! Die Zahl der Gesamtkriminalität ging im Vergleich zum Vorjahr leicht zurück, gleichzeitig verzeichnet die Bayerische Polizei weiterhin eine außergewöhnlich hohe Aufklärungsquote. Unser Dank gilt daher der Polizei im Freistaat und unseren Sicherheitsbehörden!

Gleichzeitig stimmen uns die weiter ansteigenden Zahlen im Bereich der Gewaltkriminalität nachdenklich – vor allem bei minderjährigen Tatverdächtigen. Auch Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung steigen weiter an. Der Anstieg beim Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger zeigt, dass die künftige Bundesregierung die irreguläre Migration endlich wirksam unterbinden muss.

Mehr [HIER](#).

## **Jagdgesetz-Reform: Novelle sollte jetzt durch Bayernkoalition zügig auf den Weg gebracht werden**

Bayerns Jagdminister Hubert Aiwanger hat eine Reform des Jagdgesetzes angestoßen, die in unserer Fraktion sowie bei Waldbesitzern und Jägern auf positive Resonanz stößt. Demnach sollen Jagdgenossenschaften und Jagdpächter, die sich dazu in der Lage sehen, künftig das Recht erhalten, die Rehwildbewirtschaftung eigenständig und ohne behördliche Vorgaben zu regeln. Regelmäßige Begehungen der Wälder und eine enge Abstimmung mit der Forstwirtschaft sollen helfen, das bestehende Dilemma zu lösen und ein ausgewogenes Wald-Wild-Verhältnis zu schaffen.

Die bisherige Abschlussplanung hat sich als ineffektiv erwiesen – Fortschritte blieben aus und Konflikte zwischen Verbänden waren an der Tagesordnung. Aiwanger setzt auf mehr Selbstverantwortung und Vertrauen in die Akteure vor Ort statt zentraler Planung. Seine Reform reduziert Bürokratie und schafft echte Chancen, Wildschäden eigenverantwortlich zu minimieren.

Mehr [HIER](#).

## **Entbürokratisierung beim Wohnungsbau: Wir erwarten aus Berlin konkrete Zusagen anstatt Dauerdebatten**

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzen wir uns bereits seit Jahren dafür ein, dass Bauen in Bayern schneller und unkomplizierter möglich ist. Wir haben mit dem Ersten und Zweiten Modernisierungsgesetz Bayern deutliche Vereinfachungen bei Genehmigungsverfahren durchgesetzt und geben den Kommunen mehr Eigenverantwortung. Diese können nun selbst entscheiden, ob sie die Errichtung von Spiel- und Stellplätzen vorschreiben möchten.

Aus Berlin erwarten wir als FREIE WÄHLER-Fraktion jetzt klare Entscheidungen und konkrete Zusagen anstatt Dauerdebatten. Beispielsweise darf der Wohnungsbau im Rahmen des Sondervermögens nicht vergessen werden. Denn Wohnraum ist Daseinsfürsorge. Die soziale Stabilität unseres Landes muss uns das wert sein.

Mehr [HIER](#).

## **Gemeinsame Sitzung der FREIE WÄHLER-Fraktion mit dem Bayerischen Landesstudierendenrat im Maximilianeum**

Schnellerer Ausbau von Wohnheimen, unbürokratischeres BAföG-Management und Rückkehr zum 29-Euro-Ticket für günstige studentische Mobilität: Das waren drei der wichtigsten Anliegen des Bayerischen Landesstudierendenrats bei seiner gemeinsamen Sitzung mit der FREIE WÄHLER-Fraktion am Sonntag im Maximilianeum.

Im Rahmen der Sitzung verabschiedete der Bayerische Landesstudierendenrat sein Grundsatzprogramm mit einer Vision für das Jahr 2035. Der gemeinsame Austausch war ein starkes Zeichen für die Studierenden in Bayern. Mit dem Landesstudierendenrat setzen wir uns dafür ein, Bayern zu einem noch attraktiveren Hochschulstandort zu machen. Wir FREIE WÄHLER im Landtag freuen uns, dass wir unseren akademischen Nachwuchs dabei nach Kräften unterstützen können.

Mehr [HIER](#).



## UNSERE SOCIAL MEDIA-BEITRÄGE – DANKE FÜR'S TEILEN!

### #MerzMussLiefiern: Mehrwertsteuersatz dauerhaft senken!

Bereits im vergangenen Jahr haben wir gefordert, den Mehrwertsteuersatz für Speisen und Getränke dauerhaft von 19 auf sieben Prozent zu senken. Nun konnten wir zumindest einen Teilerfolg verzeichnen: Die angehende Bundesregierung aus CDU und SPD will unser Vorhaben umsetzen – allerdings nur in Bezug auf Speisen. Das reicht uns nicht: Wir fordern eine Gesamtumsetzung und damit eine Ausweitung des ermäßigten Steuersatzes auch auf die Abgabe von Getränken. Welche Themen die neue Bundesregierung noch angehen muss, erfahrt Ihr [HIER](#) auf unserem Instagram-Kanal.



### Austausch mit den Young Fishermen



Bei einem Fachgespräch mit den Young Fishermen haben wir uns über Bayerns Teiche ausgetauscht. Denn werden diese nach der guten fachlichen Praxis der traditionellen Karpfenteichwirtschaft betrieben, besitzen sie einen großen Wert als Biotope und Rückzugsraum für den Erhalt der Biodiversität – und ganz nebenbei erzeugt die Bayerische Fischerei nachhaltige, regionale und gesunde Lebensmittel. Leider werden die Teichwirte durch vielfältige Aspekte in ihrer Existenz

bedroht, unter anderem durch den Fischotter. Umso mehr hat es uns gefreut, junge,

top ausgebildete und hochmotivierte Teichwirte im Maximilianeum zu empfangen.  
[HIER](#) geht's zu den Bildern.

## #StreiblsStandpunkt: Ein eigenes Ladenschlussgesetz für Bayern!

Nach einer breiten Beteiligung aller betroffenen Verbände und Interessengruppen hat der Ministerrat in dieser Woche den Entwurf für ein eigenes Bayerisches Ladenschlussgesetz beschlossen. Die Staatsregierung bringt den Entwurf nun in den Bayerischen Landtag ein. Warum wir als FREIE WÄHLER-Fraktion dahinterstehen, erklärt unser Vorsitzender Florian Streibl [HIER](#).








### #LockeImLandtag: Fraktionsinitiativen!



Im Rahmen der milliardenschweren Ausgaben des Freistaats gibt es für uns als Regierungsfraktion die Möglichkeit, mit den Fraktionsinitiativen bayernweite und regionale Akzente zu setzen. Die geförderten Projekte kommen den Menschen vor Ort zugute und werden von unterschiedlichen Akteuren wie Vereinen, Gemeinden oder Institutionen getragen. Wie dieser wichtige Mechanismus im bayerischen Haushalt funktioniert, erklärt unser Parlamentarischer Geschäftsführer Felix Locke [HIER](#).

### Folgen Sie uns:

-  <https://www.facebook.com/fwlandtag>
-  <https://www.instagram.com/fwlandtag/>
-  <https://www.youtube.com/@fwlandtag>
-  <https://www.threads.net/fwlandtag>
-  <https://bsky.app/profile/fwlandtag.bsky.social>

**Wir wünschen Ihnen ein schönes Wochenende!**

---

#### Impressum

Florian Streibl, MdL  
Othmar-Weis-Straße 5  
82487 Oberammergau  
Tel: 08822/935282  
Fax: 08822/935287  
E-Mail: [info@florian-streibl.de](mailto:info@florian-streibl.de)  
Homepage: [www.florian-streibl.de](http://www.florian-streibl.de)